

# Kali-Debatte: Keine Kompromisse zum Start

Jede Menge Konflikte zum Start der Erörterung in Hildesheim – und Lösungen sind nicht in Sicht

VON TAREK ABU AJAMIEH

**GIESEN/KREIS HILDESHEIM.** Das war nur ein frommer Wunsch: „Am schönsten für uns wäre es, wenn wir hier in allen strittigen Punkten Einigung erzielen“, sagte Andreas Schleicher vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geowissenschaften (LBEG) gestern Morgen zum Auftakt des Erörterungstermins zum Kaliabbau bei Giesen. Doch zumindest gestern ging dieser Wunsch in der Halle 39 nicht einmal in Ansätzen in Erfüllung. Bei Kernthemen wie Straßenverkehr, Bahntrasse und zweitem Kaliberg beharrten der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K + S) und seine Kritiker auf ihren Positionen.

**Stichwort zweiter Kaliberg:** Kali + Salz hält eine zweite Kalihalde, die deutlich größer werden würde als der vorhandene „Kalimandscharo“, für unvermeidlich. Zwei Drittel der Abbaurückstände könnten wieder unter Tage landen, für das restliche Drittel fehle dort aber schlicht der Platz. Das vom Umweltschutz-Verband BUND geforderte „Spülversatz“-Verfahren – der Rückstand wird nicht trocken unter die Erde gebracht, sondern nass, weil so mehr Material pro Kubikmeter unterzubringen wäre – lasse sich in Giesen nicht anwenden. Es sei aus geologischen Gründen zu gefährlich – oder, wenn man alles absichern wollte, viel zu teuer. BUND-Experte Ralf Krupp widersprach in allen Punkten und be-



Ab Mitte 2021 könnte im Giesener Kalischacht der Betrieb beginnen - doch bis dahin dürfte es noch jede Menge hitziger Debatten geben.

Foto: Moras

harrte zumindest darauf, dass ein zweiter Kaliberg nach dem Ende der Förderung in 40 Jahren mit Hilfe des Spülverfahrens

wieder abgebaut werden könnte. K + S blieb bei seiner Haltung, LBEG-Vertreter Schleicher hakte allerdings bei keinem Thema so kritisch nach wie bei diesem und verwies auf „kompetente Fachleute in unserer Behörde“, die das prüfen würden.

**Stichwort Bahntrasse:** Die Bürgerinitiative Giesen-Schacht wehrt sich vehement dagegen, dass die Kalibahn direkt an den Ahrberger Wohngebieten vorbeirollt. Sie hat eine Alternativ-Route vorgeschlagen, die zwischen Ahrbergen und Giesen durch die Feldmark zur Bundesstraße 6 führt. K + S erklärt dies für nicht machbar: Um die geplanten 600 bis 700 Meter langen Züge für die Fahrt in Richtung Bahnstrecke Harsum-Lehrte zusammenzustellen, sei ein sogenannter Vorbahnhof nötig, da im geplanten Werk selbst nicht genug Platz sei. Dieser Vorbahnhof müsse aber waagrecht liegen, die Höhenunterschiede machten das jedoch so gut wie unmöglich, sagte K+S-Vertreter Dirk Uthoff.

BI-Vertreter bestritten dies und hielten K + S vor, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen gegen eine neue Bahntrasse zu sein – „obwohl die bei Ihrem Jahresgewinn kaum ins Gewicht fallen würde“. Sie forderten das LBEG auf, K + S anzuhalten, weitere Varianten für eine Bahntrasse zu prüfen. „Die Belastung von sechs bis acht Fahrten direkt am Wohngebiet über 40 Jahre wiegt so schwer, da müssen Alternativen gesucht werden.“ Strittig ist auch die Betriebsgenehmigung für die bestehende Bahnlinie. Die stammt aus dem Jahr 1908. K + S geht davon aus, sie gelte nach wie vor – das LBEG sieht das grundsätzlich ähnlich: „Sie hat sich über immer neue Betriebspläne sozusagen immer weiter fortentwickelt, zuletzt im Oktober 2015.“ Fraglich sei aber, ob sich daraus eine Erlaubnis für die geplante Anzahl täglicher Fahrten ableiten lasse oder ob „ein so starker Eingriff“ eine neue Genehmigung nötig mache.

**Stichwort Emissionen:** Kali + Salz erklärt, alle Grenzwerte in Sachen Fein-

staub- und Stickoxid-Belastung würden eingehalten. Dirk Fietz äußerte für die BI massive Zweifel an den Gutachten. Das Berechnungsmodell sei nicht transparent, insbesondere sei unklar, worauf die Annahmen von K + S zu den einzelnen Werten basieren. K + S widersprach – und Fietz forderte das LBEG auf, vor einer Genehmigung des Kaliabbaus zwölf Monate lang die aktuelle Belastung vor Ort messen zu lassen, um dann die prognostizierte Zusatzbelastung addieren zu können. Zudem müsse eine unabhängige Behörde die Berechnungen der K+S-Gutachter kontrollieren. Andererseits betonte LBEG-Vertreter Andreas Schleicher mehrfach: „Veränderungen gibt es, aber die Belastung muss zumutbar bleiben.“

Heute geht es bei der Erörterung unter anderem um die Salzbelastung von Grundwasser und Innerste sowie um Tierschutz. Von Mittwoch an haben die privaten Einwender des Wort, dann dürften unter anderem erneut Bahnärm und zweite Kalihalde Thema sein.

## 500 neue Arbeitsplätze möglich

Mehr als 500 Millionen Euro Investitionen, 500 Arbeitsplätze plus weitere 400 Jobs für Dienstleistungen drumherum, 40 Jahre Betrieb im frühesten Fall ab Mitte 2021: Das sind die aktuellen Eckdaten einer möglichen Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen, wie sie Konzernvertreter Johannes Zapp gestern zum Auftakt des Erörterungstermins präsentierte.

K + S wolle in einem 16 Quadratkilometer großen Gebiet zwischen Sarstedt, Nordstemmen, Giesen und Groß Förste in bis zu 1400 Metern Tiefe Kalisalz fördern und in einer neuen Fabrik am Giesener Schacht zu Düngemitteln verarbeiten. Vorteil des Standorts sei, dass

40 Prozent des geförderten Materials tatsächlich nutzbar seien. Daraus ergebe sich, das bei einer Förderung von 2,7 Millionen Tonnen pro Jahr 1 Million Tonnen Endprodukte herauskämen, die mit Bahn, Schiff und Lastwagen abtransportiert werden sollen – und zwar rund 40 Jahre lang.

Wenn das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie zum Abschluss des Genehmigungsverfahrens dem Plan zustimmt und dafür die Bedingungen nennt, entscheidet die K+S-Führung in Kassel, ob der Betrieb wirklich wieder starten soll. Mit einem Ergebnis rechnet Zapp inzwischen frühestens im Sommer 2016. abu